

Dienstag, 29. Dezember 2009 13:18 Uhr

URL: <http://www.wiesbadener-tagblatt.de/region/untertaunus/huenstetten/8112308.htm>

Wiesbadener Tagblatt

HÜNSTETTEN

Grüne: Bürgerängste ernst nehmen

29.12.2009 - HÜNSTETTEN

WINDKRAFT "Mehrheitsbeschluss der Gemeindevertretung ignoriert"

(iz). Nach Ansicht der Grünen stehe es der SPD gut zu Gesicht, die Bürgerängste zum Thema Windkraft in Hünstetten nicht zu unterschätzen. "Die Bedenken der betroffenen Bürger sind ernst zu nehmen, sonst haben die Parteien ihr Daseinsrecht verwirkt. Vor allem muss man die Bürger von einem Vorhaben überzeugen statt zu verordnen", so die Grünen.

Die SPD verhalte sich widersprüchlich, wenn sie Kritikern der von der SPD-Mehrheit beschlossenen Vorrangfläche für Windkraft Angst mache vorwerfe, da sie Schlagworte wie "Wildwuchs verhindern" ins Feld führe. Dadurch werde der falsche Eindruck erweckt, dass ohne die Ausweisung der Vorrangfläche überall in Hünstetten Windräder entstehen könnten und auch würden, so die Grünen.

Vom Regierungspräsidium Darmstadt habe man die Aussage erhalten, dass es nicht nötig sei, diesen Punkt zu dramatisieren, weil die Gemeinde auch ohne Vorrangflächen noch ein Mitspracherecht hätte, erläutert Fraktionsmitglied Volker Denzer. Bundesimmissionsgesetz und Naturschutzgesetz müssten schließlich auch beachtet werden. "Die Hürden sind da recht hoch."

Wenn die SPD Hünstetten mit ihrer Entscheidung zugunsten einer Windenergie-Vorrangfläche auf massive Kritik stoße, müsse sie sich nicht wundern, so Fraktionsmitglied Jan Kraus: "Schließlich hat sie ihre Hausaufgaben nicht gemacht." Ein Mehrheitsbeschluss der Gemeindevertretung, die Bürger in den betroffenen Ortsteilen vor einer Entscheidung über eine Vorrangfläche zu informieren, sei schlichtweg ignoriert worden. Die SPD verkenne insbesondere, dass die möglichst frühzeitige und umfassende Einbindung sowie umfangreiche Aufklärung der Bevölkerung bei der Ausweisung von Vorrangflächen beziehungsweise Konzentrationszonen für Windkraftanlagen Voraussetzung für die Akzeptanz der Windkraftanlagen in der Nähe von Wohnsiedlungen sei.

Auch habe keine fachlich qualifizierte externe und unabhängige Begutachtung des Gemeindegebietes im Hinblick auf mögliche Vorrangflächen stattgefunden. Es werde sich stets nur auf Informationen von Anbietern bezogen, die Interesse bekundet hätten, Windenergieanlagen auf Gemeindegrund zu errichten.

Zum Thema Waldstandort führen die Grünen an, dass in der Fachpresse zu lesen sei: "Die Inanspruchnahme von Waldflächen

für die Errichtung von Windkraftanlagen sollte - sofern eine Nutzung nicht außerhalb des Waldes realisiert werden kann - überhaupt nur dort in Erwägung gezogen werden, wo ein sehr hoher Waldanteil, die Wertigkeit der betroffenen Waldfläche selbst und überwiegende Gründe des Allgemeinwohls die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald rechtfertigen. Diese Voraussetzungen dürften insbesondere in den Mittelgebirgslandschaften und vorgelagerten Hügelländern mit Waldbereichen von hohem Naturerlebnis- und Erholungswert nur selten erfüllt sein."

Im Hinblick darauf habe die SPD bis heute noch keine Argumente geliefert, warum ausgerechnet ein Eingriff in den Wald bei Kettenschwalbach gerechtfertigt sei.

© Verlagsgruppe Rhein-Main 2009

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Verlagsgruppe Rhein-Main